Stefan Brunnhuber

FREIHEIT oder ZWANG

Wer kann Nachhaltigkeit besser – offene Gesellschaften oder Autokratien?



Das Buch ist all jenen gewidmet, die noch nicht in einer Offenen Gesellschaft leben, in Zukunft aber für sich und ihre Kinder mehr Nachhaltigkeit und auch mehr Freiheit einfordern.

Inhalt

Vo	orwort	9
TI	EIL I WAS JETZT AUF DEM SPIEL STEHT	11
1	Das planetarische Momentum	13
	Der Krieg, der hinter der Nachhaltigkeit tobt	13 21 31
2	Umgang mit Unsicherheit	39
	Vom Wissen und von der Unvollständigkeit	39 43 46
2	Die zwei Kontrahenten	50
,	(Äußere) Fallen und (innere) Feinde Kritik, Kreativität und Koexistenz versus Konformismus, Kopie und Kontrolle	50
TI	EIL II WIE ES ANDERS GEHT	65
4	Ein neuer Aggregatzustand für die Kritik	67
	Datafizierung, Mustererkennung und die Verdopplung der Welt Die Dritte Kultur und die zweite wissenschaftliche Revolution Aufklärung 2.0	67 75 82
5	Das Prinzip Freiheit	88
	Die vielen Spielarten der Freiheit Freiheit und Verantwortung (Falsche) Widersprüche und (echte) Gegensätze. Der Trichter und der Schlauch	93 95 97

TEIL III WORAUF ES JETZT ANKOMMT	103
5 Die Offene Gesellschaft im 21. Jahrhundert	
und die Nachhaltigkeitsfrage	105
Routenplanung in die Zukunft	106
Das Sixpack für die Freiheit: Was nicht verhandelbar ist	111
Nachhaltigkeit besser können.	154
Anhang	165
Checkliste: Freiheit oder Zwang?	
Disclaimer	168
Anmerkungen	169
Literatur (Auswahl)	197
Autor	205

Vorwort

Dies ist kein weiteres Buch über Klimaschutz, Nahrungsmittelsicherheit und erneuerbare Energien, kein Buch über Artenverlust oder Vermüllung, Landgrabbing, Entwaldung oder Wasserstress. Es ist ein Buch, welches all diese Herausforderungen bereits als gegeben voraussetzt. Ohne eine langfristige nachhaltige Strategie wird unser Zusammenleben auf diesem Planeten mindestens mit nachweislichen Wohlstandsverlusten und politischer Instabilität verbunden, wenn nicht gar unzumutbar und existenziell bedroht sein. Das vorliegende Buch ist ein Beitrag zur drängenden Debatte um die Frage: Wer kann Nachhaltigkeit besser? Denn diese Nachhaltigkeitsdebatte findet innerhalb eines neuen Systemkonfliktes statt. Jenseits von Artensterben und globaler Erwärmung tobt ein Krieg der politischen Systeme um die Deutungshoheit im 21. Jahrhundert. Ein Konflikt, der als überwunden galt, als 1989 die Berliner Mauer fiel und viele glaubten, dass es nunmehr nur noch um eine fast zwangsläufige Umsetzung von Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit ginge. Diese Einschätzung hat sich als falsch erwiesen. Wir stehen mitten in der Auseinandersetzung um die Frage, welches politische System Nachhaltigkeit und Zukunft besser kann. Die Kontrahenten sind bekannt: illiberale Autokratien auf der einen Seite und Offene Gesellschaften auf der anderen. Die einen setzen auf Kontrolle und Konformismus, die anderen auf Kreativität und Kritik. Die Fürsprecher der einen Seite plädieren für mehr technokratische Lösungen und Top-down-Beschlüsse, die Fürsprecher der anderen Seite befürworten individuelle Verantwortung und Multilateralismus. Die Ersteren setzen auf Wohlfahrt in Sicherheit durch Zwang, die Letzteren auf Wohlstand in Freiheit und (Selbst-)Verantwortung. Für die einen gilt vielleicht Singapur als Modell, für die anderen eher die Schweiz. Man kann in diesem Zusammenhang durchaus fragen: Hat gesellschaftliche Offenheit an sich überhaupt einen Wert, der uns größere Agilität und Fehlerfreundlichkeit verspricht und infolgedessen einen höheren Grad an Freiheit garantiert? Oder ist das Gegenteil der Fall: Sind Zwang, Kontrollen und nichtdemokratische Entscheidungen die bessere Agenda für mehr Nachhaltigkeit? Schlimmer noch: Sind Offene Gesellschaften gar zu einer Zumutung verkommen? Haben wir uns - vollverpflegt, vollversorgt und schonungsbedürftig - in ihnen derart eingerichtet, dass immer ein anderer oder der Staat liefern muss, und ist uns damit die Fähigkeit zu einer aktiven Anpassung und Auseinandersetzung abhandengekommen?¹ Sicher ist, je länger wir warten, umso geringer wird die Chance zur Entscheidung für eine Ordnung der Freiheit und umso wahrscheinlicher werden Notverordnungen, autoritäre Entscheidungsprozesse, Zwang und Kontrollen, die dann fast automatisch in eine Knechtschaft münden. Deshalb sollten wir die Frage, wofür wir eigentlich stehen, schnellstmöglich klären. Es könnte sein, dass die beiden politischen Systeme voneinander abhängen und voneinander lernen müssen. Der US-Journalist Thomas Friedman fragt: Was wäre, wenn wir für einen Tag China wären, alle Probleme administrativ und technokratisch lösen und dann wieder zu einer Offenen Gesellschaft zurückwechseln würden?² Wüssten wir dann, wer Zukunft und Nachhaltigkeit besser kann? Entscheidend ist wohl, dass wir zumindest immer die Wahl haben, die Wahl zwischen Freiheit und Zwang.³

Dresden 2023, Stefan Brunnhuber

Teil I

Was jetzt auf dem Spiel steht

1

Das planetarische Momentum

Die globale Coronapandemie, die im Jahr 2020 begann, hat etwas bisher Einzigartiges in Gang gesetzt: ein planetarisches Momentum, das alle Menschen gleichzeitig und auf unverrückbare Weise miteinander verbindet. Und der Moment, in dem sich die Menschheit nun findet am Ende der Pandemie, ist ein ebenso spannender wie problematischer.

Der Krieg, der hinter der Nachhaltigkeit tobt

Hinter den Kulissen der Debatten um mehr Klimaschutz und Artenreichtum, Wiederaufforstung und Entmüllung herrscht ein Kriegszustand von ganz anderer Qualität: ein Krieg der politischen Systeme um die Deutungshoheit im 21. Jahrhundert. Ein Krieg, bei dem es nicht nur um Fragen der Nachhaltigkeit geht, sondern auch um Fragen der Sicherheit, etwa der nationalen Grenzen, der Energie- und Nahrungsmittelversorgung. Es scheint sogar, als träten Sicherheitsfragen in einen Wettstreit mit Nachhaltigkeitsfragen und rückten diese in den Hintergrund: Sicherheit vor Nachhaltigkeit. Diese beiden Themenfelder gehören nicht nur zusammen, sondern bedingen sich gegenseitig. In den letzten 30 Jahren bestand in den Debatten ein

grundlegender Gegensatz von Freiheit und Nachhaltigkeit. Beide galten als unversöhnlich. Der Neoliberalismus setzt auf Deregulierung und Privatisierung, die ökologische Bewegung dagegen auf Bewahrung der Umwelt und auf Verzicht. Es scheint offenbar eine ungesunde Dreiecksbeziehung zwischen Sicherheit, Freiheit und Nachhaltigkeit zu geben. Können wir stets nur einen der drei Werte haben? Oder ist diese Gegenüberstellung nicht doch vielmehr ein Pseudokonflikt?

Lesarten historischer Ereignisse

1989 war bekanntlich mit einem welthistorischen Ereignis verbunden: dem Berliner Mauerfall. Zugleich war es aber auch das Jahr, in dem auf dem Platz des Himmlischen Friedens, dem Tian'anmen-Platz in Peking, die Panzer rollten. Beide Ereignisse fielen in den gleichen Zeitraum, und beide Ereignisse wurden unterschiedlich interpretiert. Für den Westen bedeutete der Mauerfall das Ende der zweigeteilten Welt, und es wurde ein unipolares Momentum ausgerufen: Marktwirtschaft und Demokratie würden sich von nun an weltweit durchsetzen, gleichsam zwangsläufig. Der Aufstand am Tian'anmen-Platz passte in dieses Narrativ. Die chinesische Regierung interpretierte das Ereignis auf dem Platz des Himmlischen Friedens jedoch gänzlich anders. Die Niederschlagung war kein Versagen oder Fehltritt, sondern eine rationale Reaktion eines Einparteiensystems. Hinter der westlichen Lesart dagegen stand das Verständnis einer Konvergenz der Systeme. Auch andere autokratische und illiberale Regime würden sich früher oder später der Politik des Westens und dessen Gesellschaftsverständnis annähern (müssen), die Panzer in Peking galten als Aufbruchssignal. Eine solche Betrachtung greift allerdings zu kurz, denn jeder Fehltritt eines politischen Gegners kann als einfache Verzögerung in der Entwicklung (»Der andere ist noch nicht so weit«) gelesen werden. Da dies immer gelten kann, ist diese Konvergenztheorie in diesem Sinne nicht widerlegbar, aber auch wenig überzeugend. Es bestehen folglich berechtigte Zweifel, ob das liberale Gesellschaftsmodell überhaupt taugt, um die Zukunft hinreichend zu erklären.

Thesen auf dem Prüfstand

Aber es kommt noch schlimmer. Unser westliches Verständnis von einem geordneten und freiheitlichen Zusammenleben ist in mehrfacher Hinsicht überholt. Zum einen gilt die Modernisierungsthese als widerlegt. Sie besagt, dass sich die westliche Moderne in Bezug auf Demokratie, Marktwirtschaft, technologischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum linear entwickelt und damit fortschreibt. Alle diese Bausteine stehen vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsfragen auf dem Prüfstand. Soziale und ökologische Ausbeutung zuungunsten Unbeteiligter (Externalitäten), Landraub (Landgrabbing) sowie forcierte, also erzwungene Migration sind nur die augenscheinlichsten. Zum anderen scheint auch die Individualisierungsthese keinen Bestand mehr zu haben. Sie geht davon aus, dass kollektive Gemeinschaften durch Bindungen und Zugehörigkeiten abgelöst werden, die jeder Einzelne autonom und individuell für sich wählt. Derzeit spricht vieles dafür, dass Gruppenbildungen ähnlich archaischer Tribalisierungen und homogene Habitate auf dem Vormarsch sind.

Die Säkularisierungsthese schließlich geht mit der Überzeugung einher, dass der Mensch keiner wirklichen religiösen Bindungen mehr bedarf, da sie durch weltliche Institutionen und säkulare, soziale Interaktionsformen abgelöst werden. Jedoch gab es noch niemals in der Geschichte mehr Menschen, die sich einer religiösen Gemeinschaft zugehörig fühlten als heute. In Zahlen: 85 Prozent der Weltbevölkerung haben eine konfessionelle Bindung.

Und auch die Ambiguitätsthese⁴ greift nicht mehr. Die westliche (Post-)Moderne war angetreten, Vielfalt und Vieldeutigkeit zu respektieren und zu fördern. In mehrfacher Hinsicht haben digita-

le und globalisierte Wettbewerbsmärkte aber das Gegenteil erreicht: Ob Sprachen oder Dialekte, lokale Apfelsorten oder regionale Frischgetränke, sie werden zugunsten von wenigen standardisierten, dafür aber global verständlichen und zugänglichen Produkten und Dienstleistungen ersetzt. Aus Vielfalt wurde Einfalt.

Wenn nun unser westliches Gesellschaftsmodell derart in die Defensive gerät, so müssen wir klären: Haben wir das richtige Modell, um auf die drängenden Fragen des 21. Jahrhunderts die richtigen Antworten zu finden? Eine solche Betrachtung lässt zwei Perspektiven zu. Es könnte sein, dass der politische Gegenspieler schlicht und objektiv die besseren Antworten hat. Damit wären digitale illiberale Autokratien fähiger als Offene Gesellschaften. Es könnte aber auch sein, dass wir uns unserer eigenen Position nicht hinreichend im Klaren sind, weil wir uns nicht genügend darauf verständigt haben, was wir eigentlich meinen, wenn wir von einer »Ordnung der Freiheit« sprechen; wenn wir von einer Freiheit sprechen, in der ein unerschöpfliches Potenzial zur Lösung der Probleme für ein langfristiges und friedliches Zusammenleben steckt. Kurz: Offene Gesellschaften wären dann besser, wir wüssten es nur noch nicht, würden nachgeben und schließlich auf einem Weg zur Knechtschaft und nicht in die Freiheit enden.

Bedeutung von Freiheit

Warum aber ist die Freiheit so wichtig? Ohne Freiheit würden sich unsere Erziehung nicht mehr an individueller Kreativität, unser Denken nicht mehr an der Fähigkeit zur Kritik und unsere Wohlfahrt nicht mehr an Mut, Leistung und Risikobereitschaft orientieren. Ohne Freiheit wären Digitalisierung, Unternehmertum und Forschung, Bildung und politische Praxis nur ein blinder Reflex, ein Algorithmus, den wir befolgen. Ohne Freiheit gäbe es keine wirkliche Verantwortung, denn sie braucht es, um sich auch gegen

»Ein klares, beeindruckendes Buch!«

Prof. Dr. Gert Scobel, 3 Sat, Wissenschaftsjournalist

»Das Buch zeigt, wie Liberalismus und Nachhaltigkeit zusammenpassen. Unbedingt lesen!«

Hermann Otto Solms, ehemaliger Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Politisch steht unsere Welt am Scheideweg: Die eine Hälfte der Menschheit lebt aktuell in Demokratien, die andere in Autokratien oder failed states. Dieser »Kampf der Systeme« wird auch unseren Umgang mit den ökologischen Krisen bestimmen. Zwischen einem gescheiterten Klimakanzler, Klimaleugnern und Chinas ambitionierten Umweltschutzversprechen fragen sich nicht wenige: Wer kann Nachhaltigkeit eigentlich besser?

Brauchen wir am Ende eine Art »Ökodiktatur«, um handlungsfähig zu sein? Stefan Brunnhuber kennt sich aus im Zwist zwischen Freiheitswunsch, demokratischen Prozessen und den Notwendigkeiten einer ökologischen Kehrtwende. Er stellt unsere Demokratie Autokratien gegenüber und zieht ein weitsichtiges Fazit, wie wir auf dieser Welt zusammenleben und überleben können.

Das Buch zur aktuellen Diskussion

